



Gesetze & Rechte

rund um den Schwangerschaftsabbruch



Ein Schwangerschaftsabbruch ist ein sensibles Thema, das rechtlich geregelt ist.

Grundsätzlich gilt: Ein Abbruch der Schwangerschaft ist laut Strafgesetzbuch (§218) rechtswidrig, das heißt strafbar, aber unter bestimmten Voraussetzungen bleibt er straffrei. Das bedeutet, dass es in Deutschland zwar kein „Recht auf Abtreibung“ im klassischen Sinn gibt, Frauen aber unter klar festgelegten Bedingungen die Möglichkeit haben, eine Schwangerschaft zu beenden, ohne sich strafbar zu machen.

Die häufigste rechtliche Grundlage für einen straffreien Abbruch ist die sogenannte **Beratungsregelung**. Sie erlaubt einen Abbruch, wenn die Schwangerschaft noch nicht länger als zwölf Wochen besteht (gerechnet ab der Empfängnis), wenn die Schwangere zuvor ein **verpflichtendes Beratungsgespräch** bei einer staatlich anerkannten Beratungsstelle wahrgenommen hat und wenn nach diesem Gespräch mindestens drei volle Tage vergangen sind. Diese Frist soll sicherstellen, dass die Entscheidung gut überdacht ist. Die Beratung ist verpflichtend, soll aber ergebnisoffen geführt werden. Das heißt, die Frau darf in ihrer Entscheidung weder gedrängt noch bewertet werden. Nach dem Gespräch erhalten die Frauen eine Bescheinigung, die sie der Ärztin oder dem Arzt beim Abbruch vorlegen müssen.

Neben dieser Beratungsregelung gibt es zwei weitere gesetzlich erlaubte Situationen, in denen ein Schwangerschaftsabbruch auch nach der zwölften Woche möglich ist. Die erste ist die **medizinische Indikation**: Wenn das Leben der Schwangeren oder ihre körperliche oder seelische Gesundheit durch die Schwangerschaft ernsthaft gefährdet ist, kann ein Abbruch auch später durchgeführt werden. Dies tritt beispielsweise auch ein, wenn bei dem Embryo ein Gendefekt festgestellt wird, der zu einer Behinderung führt, und die werdende Mutter sich psychisch nicht in der Lage sieht, die Schwangerschaft weiterbestehen zu lassen.

Die zweite Situation ist die **kriminologische Indikation**. Sie greift zum Beispiel nach einer Vergewaltigung: Wenn die Schwangerschaft durch eine Straftat entstanden ist, darf die Frau sie abbrechen. Auch hier gilt in der Regel die Zwölf-Wochen-Frist.

Wichtig ist außerdem, wer über den Abbruch entscheiden darf. Frauen ab 18 Jahren können selbst entscheiden, ebenso in der Regel Jugendliche ab 16. Bei unter 16-Jährigen kommt es darauf an, ob sie als „einwilligungsfähig“ gelten, also ob sie die Bedeutung und Folgen eines Abbruchs wirklich überblicken können. Diese Einschätzung trifft in der Praxis die Ärztin oder der Arzt. Ein generelles Einverständnis der Eltern ist nicht immer nötig.

Ein Abbruch darf nur von Ärztinnen oder Ärzten durchgeführt werden. Nicht alle Praxen und Kliniken bieten Schwangerschaftsabbrüche an. Das kann persönliche, ethische oder religiöse Gründe haben. Deshalb müssen sich Betroffene häufig selbst auf die Suche nach einer passenden Einrichtung machen, was manchmal zusätzliche Hürden bedeutet.

Auch die Kostenfrage ist geregelt. In den meisten Fällen müssen Frauen die Kosten für den Eingriff selbst tragen, etwa 300 bis 600 Euro. Wenn sie nur ein geringes Einkommen haben, können sie eine Kostenübernahme bei der gesetzlichen Krankenkasse beantragen. Bei einer medizinischen oder kriminologischen Indikation übernimmt die Kasse die Kosten in jedem Fall.

Was darf der Vater – und was nicht?

Schwangerschaftsabbruch und väterliche Rechte in Deutschland



Was sagt das Gesetz?

- Die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch liegt **allein bei der schwangeren Person**
- Der Vater des ungeborenen Kindes hat **kein Mitspracherecht**, kein Vetorecht und keinen rechtlichen Anspruch auf Mitbestimmung
- Grund dafür ist das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, ein verfassungsrechtlich geschütztes Grundrecht

Wie kann sich ein Vater trotzdem einbringen?



Er darf:

- seine Meinung äußern
- seine Gefühle, Wünsche und Ängste ansprechen
- in einer Paarberatung begleitet werden
- seine Partnerin emotional und praktisch unterstützen
- nach einem Abbruch psychologische Hilfe suchen



Er darf nicht:

- die Frau zwingen, das Kind zu bekommen
- rechtlich gegen einen Abbruch vorgehen
- eine Entscheidung „einklagen“



Was fühlen Männer in dieser Situation?

- **Hilflosigkeit oder Wut**, wenn ihre Meinung keine Rolle spielt
- **Trauer oder Verlust**, besonders wenn sie Vater werden wollten
- **Verantwortung und Druck**, wenn die Entscheidung auf sie abgewälzt wird
- **Zerrissenheit**, wenn sie nicht mitentscheiden dürfen, aber die Folgen mittragen

Viele Männer wünschen sich mehr **Sichtbarkeit und Gesprächsangebote**, auch in der Beratung.

